

SPD

Rundfunkräte brüskieren Nahles

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles ist mit ihrem Vorhaben, ein Netzwerk parteinaher Rundfunkkontrolleure zu gründen, bislang auf wenig Gegenliebe gestoßen. Ende Juni hatte die Parteizentrale die „lieben Mitglieder von Rundfunkräten und des ZDF-Fernsehrrates“ zum Wahlkampfauftakt zu einer Telefonschaltkonferenz eingeladen. „Noch vor der heißen Phase der Bundestagswahl“ wolle man darüber reden, wie man „die Kommunikation verbessern“ könne, heißt es in einer Mail aus dem Willy-Brandt-Haus. Ein Großteil der Eingeladenen witterte darin den Versuch, die Arbeit der Kontrolleure des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu beeinflussen – und hielt sich fern. An der ersten Telefonschaltkonferenz am 3. Juli nahmen



Nahles

FISCHER / DAVIDS

nach Teilnehmerangaben nur knapp 20 Interessierte teil. Nach ihrem internen Verteiler zählt die Parteizentrale insgesamt jedoch 96 SPD-nahe Kontrolleure. Eine weitere Schaltkonferenz soll diesen Montag stattfinden. Die Fernseh- und Rundfunkräte üben die Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Sender aus. Sie werden von Bundes- und Landesregierungen, Parteien, Verbänden oder Kirchen benannt, sollen aber unabhängig sein.

HAUSHALT

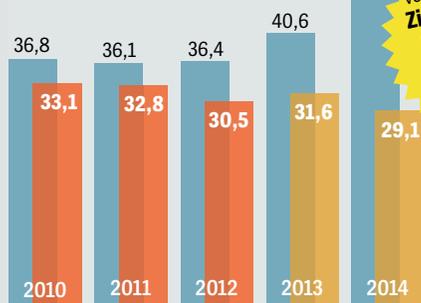
Krisengewinner Deutschland

Mit einem zweistelligen Milliardenbetrag profitiert die Bundesrepublik von der Euro-Krise. Vor allem, weil die Zinsen für Staatsanleihen gesunken sind, spart Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in den Jahren 2010 bis 2014 insgesamt 40,9 Milliarden Euro. Das geht aus einer Antwort des Bun-

Zinersparnis des Bundes in Mrd. €

- Zinslast laut Finanzplanung (Stand 2011)
- tatsächliche Zinsausgaben
- Haushaltsplan/Entwurf

Quelle: Bundesfinanzministerium



desfinanzministeriums auf eine Anfrage des SPD-Parlamentarier Joachim Poß hervor. Danach lag der tatsächliche Zinsaufwand in jedem Jahr unter den Planzahlen (siehe Grafik). Im Durchschnitt sank das Zinsniveau für alle Neuemissionen des Bundes um fast einen Prozentpunkt, weil deutsche Staatsanleihen in der Krise besonders gefragt waren. Auf den Finanzmärkten galt die Bundesrepublik wegen ihrer vergleichsweise soliden Staatsfinanzen als besonders sicherer Gläubiger. Die Zinersparnisse und unerwartet hohe Steuereinnahmen wegen des Konjunkturverlaufs drückten auch die Neuverschuldung. Von 2010 bis 2012 nahm Schäuble rund 73 Milliarden Euro weniger an neuen Krediten auf als vorgesehen. Dies drückte die Zinskosten um einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag. Der Finanzminister versucht, die positiven Auswirkungen des niedrigen Zinsniveaus so lange wie möglich für den Bundeshaushalt zu nutzen, indem er vermehrt lang laufende Anleihen zu günstigen Konditionen platziert. Der Anteil kurzfristiger Neuemissionen mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren sank von 2009 bis 2012 von 71 auf 51 Prozent. Den Zinersparnissen stehen nach Angaben des Finanzministeriums Kosten durch die Euro-Krise von bisher 599 Millionen Euro gegenüber.

JUSTIZ

Neue Ermittlungen zu antijüdischem Anschlag

In die Ermittlungen wegen eines Brandanschlags auf ein jüdisches Altersheim im Jahr 1970 in München kommt noch einmal Bewegung. Die Bundesanwaltschaft ist angehalten, den Fall von der Staatsanwaltschaft München zu übernehmen. Bislang unbekannt Täter hatten am 13. Februar 1970 in dem Gebäude der jüdischen Gemeinde in der Münchner Reichenbachstraße Feuer gelegt. Bei dem Brand waren sieben Bewohner zu Tode gekommen. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft gingen Spuren in verschiedene Richtungen nach, darun-



CHRISTINE STRUB / KEYSTONE

Feuer in jüdischem Altenheim 1970

ter auch in rechts- und linksradikale Milieus. Ein konkreter Verdacht ergab sich allerdings nicht. Die Münchner Staatsanwaltschaft übersandte ihre Akten nun Ende vergangenen Monats an die Bundesanwaltschaft, die angesichts der Schwere des Verbrechens die Ermittlungen übernehmen muss. Trotz eines neuen Zeugen, eines ehemaligen Linksradikalen, dürfte es auch den Karlsruher Ermittlern schwerfallen, den Fall aufzuklären. Entscheidende Asservate, die heute mittels DNA-Analyse Erkenntnisse liefern könnten, wurden bereits vor 20 Jahren entsorgt.